

## DER WORTKRIEG PEKING-HANOI

Holger Dohmen

Zum zweitenmal innerhalb eines halben Jahres sieht sich die vietnamesische Regierung gezwungen, um Verständnis für ihre Politik zu werben. War es zu Beginn dieses Jahres der Grenzkrieg mit Kambodscha, der Hanoi zu einer umfangreichen Dokumentation über Hintergründe und Versuche zur Beilegung der Auseinandersetzung veranlaßte, bezieht sich die vietnamesische Verteidigung in diesen Tagen auf das Problem der Überseechinesen. Zwischen April und Mitte Juni haben von den 1,8 Mio. in Vietnam lebenden Chinesen etwa 130.000 das Land auf eigenen Wunsch verlassen, so die vietnamesische Formel. Nach chinesischer Darstellung handelt es sich um eine der größten "Vertreibungsaktionen" der neueren Geschichte. Mit dem Exodus der Chinesen aus Vietnam sind die Beziehungen beider Staaten in eine Phase eingetreten, die an das Zerwürfnis zwischen Peking und Moskau Ende der 50er Jahre erinnert. Die Ironie der Geschichte will es, daß auch die Waffen, die in dem Konflikt zum Einsatz kommen, einander gleichen. Dem Krieg der Worte folgte die ökonomische Repression, dieser möglicherweise ein Krieg mit Waffen. Grenzkonflikte ähnlich dem Ussuri-Zwischenfall im Jahre 1969, die für eine dauerhafte Front zwischen beiden Staaten sorgen würden, scheinen nicht mehr ausgeschlossen. Vor 18 Jahren stellte die Sowjetunion ihre Wirtschaftshilfe für China ein und zog Tausende von Technikern und Ingenieuren zurück, um den Partner von einst in die Knie zu zwingen. Heute sind es die Chinesen, die diese Waffe ihrerseits gegen die ungeliebten Vietnamesen einsetzen. Mit der totalen Einstellung der Wirtschaftshilfe Pekings an Hanoi und dem Abzug von Technikern hat China, wie der stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-ping in einem Gespräch mit dem Direktor einer japanischen Radiostation erklärte, nur den ersten Schritt getan, dem weitere folgen würden, wenn die Vietnamesen ihre "Vertreibungsaktion" fortsetzten. Teng erklärte in dem Radio-Interview, daß China sich bei den ersten zehn Schritten Hanois passiv verhalten habe, dem elften Schritt der Vietnamesen sei jetzt der erste chinesische gefolgt, und ihm könnten weitere folgen (1). Teng machte in dem Interview auch erstmals Angaben über die Höhe der chinesischen Hilfeleistungen für Vietnam. Danach habe sein Land Hanoi während der letzten zwanzig Jahre zinsfreie Kredite im Gesamtwert von mehr als 20 Mrd. Yuan (heutiger Umrechnungskurs: 12 Mrd. US\$) gegeben. Dies sei mehr als die Hilfe der Sowjets gewesen. Begonnen hatte der chinesische Entzug an Wirtschaftshilfeleistungen für Vietnam, wie aus einer Dokumentation der vietnamesischen Nachrichtenagentur VNA vom 17. Juni hervorgeht, schon Ende 1975. Damals sei die unentgeltliche Hilfe Chinas für Vietnam eingestellt worden. Die Anleihen wurden dann 1977 gestrichen. Seit dem 12. Mai 1978 habe China 72 Projekte in Vietnam eingestellt, zahlreiche

Spezialisten abgezogen und eine Reihe von Abkommen mit Hanoi gekündigt. Aber auch bei der Durchführung der noch laufenden Projekte habe die chinesische Seite zahlreiche Schwierigkeiten gemacht (2). Vom chinesischen Außenministerium wurde die Streichung übrigens mit den hohen Kosten begründet, die China durch die Aufnahme der Vietnam-Flüchtlinge entstanden seien.

Neben dem Wirtschaftskrieg eskalierte der Propagandakrieg zwischen den einst befreundeten Nationen in den vergangenen Monaten so stark, daß ein fortgesetzter, auch mit ideologischen Argumenten geführter Bruch ähnlich dem zwischen Moskau und Peking nicht mehr völlig ausgeschlossen scheint. Schon sprach eine in Hong Kong erscheinende prokommunistische Zeitung von der vietnamesischen Regierung als der "Führungsclique", ein Begriff, der von Peking sonst nur im Zusammenhang mit der Kreml-Regierung gebraucht wird (3).

Langatmige Darstellungen von geflohenen Überseechinesen sollen dem chinesischen Zeitungsleser die ganze Brutalität des vietnamesischen Vorgehens deutlich machen, übrigens eine Strategie, derer sich auch die Vietnamesen im Verhältnis zu Kambodscha bedienen. Hier zwei Beispiele aus einem Bericht in Hsinhua vom 5.6.78. Auf den Hinweis eines Redakteurs, daß die vietnamesischen Behörden vorgäben, ausreisewillige Überseechinesen seien von üblen Elementen dazu verleitet worden, illegal nach China zurückzukehren, antwortete ein Huang Chen-szu "ärgerlich":

"Weit davon entfernt, von irgendwelchen 'üblen Elementen' verleitet worden zu sein, sind wir von den vietnamesischen Behörden so weit getrieben worden, daß wir nicht mehr ein noch aus wußten. Sie waren es, die uns gezwungen haben, zurückzukehren. Sie haben unsere Getreiderationen gekürzt, und wir hatten nicht mehr genug zu essen. Sie haben Leute geschickt, um unsere Häuser zu durchsuchen und unsere Habe wegzunehmen. Sie haben uns keinen anderen Ausweg gelassen, als Vietnam zu verlassen."

Über ähnliche Repressalien gab auch ein Pang Teh-hui Auskunft:

"Als wir in Xa Dong Rui waren, war es für chinesische Bürger bereits unmöglich, einen normalen Lebensunterhalt zu verdienen. Im vergangenen März hat man das Zuckerrohr, das wir auf Feldern gepflanzt hatten - die wir selbst urbar gemacht hatten - untergepflügt, und man hat uns nicht gestattet, unsere Kartoffeln und unseren Mais zu ernten. Wir haben unter allen möglichen Unterdrückungen und Diskriminierungen durch die vietnamesischen Behörden gelitten... Auf welches Gesetz berufen sich die vietnamesischen Behörden, wenn sie der Ansicht sind, dies sei illegal?" (4)

Wie tief der Graben zwischen beiden Ländern ist, zeigt auch der Vorgang um die Errichtung bzw. Schließung von Konsulaten. Am 16. Juni 78 hatte das vietnamesische Außenministerium dem chinesischen Außenministerium eine Note überreicht, in der sich Hanoi mit der Errichtung eines Generalkonsulats in Ho-Chi-Minh-Stadt zu Beginn des letzten Quartals von 1978 einverstanden erklärte. Einen Tag später teilte das chinesische Außenministerium dem vietnamesischen Botschafter in Peking mit, daß die vietnamesischen Konsulate in Canton, Kunming und Nanning ihre Tätigkeit zu beenden hätten und alle ihre Kader und ihr Personal innerhalb kurzer Zeit nach Vietnam abziehen müßten. Peking hatte schon im Dezember 1976 um die Errichtung von Generalkonsulaten in Haiphong, Ho-Chi-Minh-Stadt und Danang ersucht. Die Zustimmung Hanois für ein Generalkonsulat in Haiphong kam prompt, die für Ho-Chi-Minh-Stadt achtzehn Monate später, die Errichtung eines Konsulats in Danang sollte weiter geprüft werden. Offensichtlich hatte die chinesische Seite wegen der Verschleppungstaktik bei der Billigung dieser Konsulate auch auf die Möglichkeit verzichtet, zunächst Haiphong als Standort zu akzeptieren. Dazu heißt es in einer Note des Hanoi Außenministeriums vom 16. Juni 1978:

"Die vietnamesische Seite hat auf der Grundlage freundschaftlicher Beziehungen der beiden Länder nachweislich größte Anstrengungen unternommen, um die Schwierigkeiten zu überwinden und angemessen auf das Ersuchen der VR China zu reagieren. Nun hat die VR China den Vorwand benutzt, daß die vietnamesische Seite es der VR China noch nicht gestattet habe, wie gewünscht ein Generalkonsulat in Ho-Chi-Minh-Stadt zu errichten, um das zwischen den beiden Ländern geschlossene Abkommen zu annullieren und so die vietnamesische Seite zu zwingen, ihre Generalkonsulate abzuziehen." Dies sei ein äußerst unvernünftiger Akt, der die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter verschlechtere und die traditionelle Freundschaft zwischen den Völkern schwer sabotiere (5). Erst am 20.6. bestätigte ein Sprecher der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums die Anordnung zur Schließung der drei vietnamesischen Konsulate. Auf die Frage nach den Gründen für diese Entscheidung antwortete der Sprecher: "Sie werden sie später herausfinden." (6)

Fast gleichzeitig mit der Schließung der vietnamesischen Konsulate beorderte der chinesische Außenminister seinen Botschafter in Vietnam, Chen Chihfang, angeblich wegen einer Krankheit nach Peking zurück. Vergleicht man den Ton der vietnamesischen Noten mit der Schroffheit der chinesischen Haltung in der Konsulatsfrage, wird deutlich, daß die vietnamesische Seite eher weniger an einer weiteren Zuspitzung der Lage interessiert ist. Dies wird auch daran erkennbar, daß Hanoi entgegen seiner ersten Forderung nach formellen Verhandlungen über das Procedere der Evakuierung von Auslandschinesen zwei von China entsandten Schiffen die Erlaubnis zum Anlegen gab. Hanoi öffnete sogar noch einen dritten Hafen für die chinesischen Schiffe in Zentralvietnam, um die Rückkehr der zur Ausreise Entschlossenen zu beschleunigen. Es teilte allerdings den chinesischen Behörden mit, daß dieser organisierte Exodus nach drei Monaten abgeschlossen sein müsse. Die Kompromißbereitschaft Hanois wird deutlich, wenn man folgende Erklärungen Radio Hanoi gegenüberstellt.

Am 6.6.78 hieß es noch:

"Die Häfen von Saigon und Haiphong sind vietnamesisches Hoheitsgebiet. Wie alle vietnamesischen Seegebiete sind sie nicht Chinas eigene Gewässer. Wie kann dann die chinesische Seite einseitig beschließen, ihre Schiffe nach Vietnam zu schicken und auch noch die Zeit und den Ort ihres Eintreffens festlegen? Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß Vietnam ein unabhängiger und souveräner Staat ist und daß zum Betreten oder Verlassen des Landes um Erlaubnis nachgesehen werden muß. Die Zeit der Flottenpolitik des Imperialismus ist vorbei. Sie kann in keiner Form und aus keinem Grund wiederbelebt werden..."

Wesentlich konzilianter dagegen die Note des vietnamesischen Außenministeriums vom 19.6.78. Dort steht u.a. (7):

"Das Außenministerium der Sozialistischen Republik Vietnam übermittelt der Botschaft der Volksrepublik China respektvoll seine Grüße und informiert die Botschaft der VR China über folgende dringende Angelegenheiten:

Die vietnamesische Regierung hat am 5. Juni 1978 bekanntgegeben, daß sie chinesischen Schiffen das Anlaufen vietnamesischer Häfen nach Erledigung aller in vietnamesischen Gesetzen im Zusammenhang mit ausländischen Schiffen vorgesehenen Formalitäten gestatten wird. Vom 20. Juni 1978 an dürfen chinesische Schiffe die von vietnamesischer Seite angegebenen Häfen anlaufen, um die Hoa aufzunehmen, die Vietnam verlassen und nach China ausreisen wollen. Außerdem hat die vietnamesische Seite die chinesische Seite informiert, daß sie bereit ist, chinesische Unterhändler in Vietnam zu empfangen, um mit diesen die Ausreise der ausreisewilligen Hoa zu erörtern.

Chinesische Schiffe, die nach China ausreisende Hoa aufnehmen wollen, werden von vietnamesischen Lotsen zur Boje Nummer 0 im Hafen von Haiphong und zur Boje Nummer 9 im Hafen von Ho-Chi-Minh-Stadt geleitet, wo sie vor Anker gehen werden. Diese chinesischen Schiffe dürfen für die Aufnahme der Hoa höchstens drei Tage bleiben. Während der Ein- und Ausfahrt und während die Schiffe vor Anker liegen, müssen sie und ihre Mannschaften sich nach den für vietnamesische Häfen geltenden Bestimmungen richten.

Nach dem 20. Juni 1978 dürfen chinesische Schiffe während eines Zeitraumes von drei Monaten vietnamesische Häfen anlaufen, um Hoa an Bord zu nehmen. Um die nötigen Vorkehrungen zu treffen, möchten wir sobald wie möglich die Ankunftszeit chinesischer Schiffe in Vietnam zur Aufnahme von Hoa sowie die Zahl der Fahrten nach diesem Fahrplan, die Zahl der Schiffe, die jeweils teilnehmen und das Fassungsvermögen jedes Schiffes wissen. Vor allem müssen wir wissen, wieviele Personen mit den ersten Schiffen das Land verlassen können, damit wir bei den Behörden die Namenslisten der Ausreisenden anfordern und Sie (die chinesische Seite) benachrichtigen können."

Acht Gespräche bis zum Ende des Monats Juni zwischen dem Vertreter der Konsularabteilung des vietnamesischen Außenministeriums und einem Vertreter der chinesischen Botschaft haben keine Annäherung der Standpunkte gebracht. Hauptstreitpunkt

im Rahmen der Verhandlungen ist nach wie vor der Heimtransport von Überseechinesen auf den beiden von China entsandten Schiffen, die gegenwärtig noch in vietnamesischen Gewässern vor Anker liegen. In einem Hsinhua-Bericht vom 6.6. werden die Gründe aufgezählt, die zu einem Stillstand der Gespräche geführt haben:

1. Bei den Verhandlungen habe der Vertreter des vietnamesischen Außenministeriums darüber gestritten, welche Personengruppen die chinesischen Schiffe zurückbringen sollten. Die vietnamesische Regierung habe zwar grundsätzlich das chinesische Ersuchen akzeptiert, Schiffe zu entsenden, aber sie habe völlig die Existenz chinesischer Staatsangehöriger geleugnet und auch den Vorwurf zurückgewiesen, chinesische Staatsangehörige schikaniert zu haben. Den chinesischen Schiffen soll lediglich erlaubt worden sein, die sogenannten Hoa (vietnamesische Bezeichnung für Überseechinesen) und "Vietnamesen chinesischer Abstammung" fortzubringen.
2. Mit "Verfahrensfragen über Randprobleme" habe die vietnamesische Regierung den Rücktransport von Überseechinesen blockiert. Schon die Tatsache, daß den chinesischen Schiffen nur Anlegestellen von mehr als hundert Kilometer Entfernung von Ho-Chi-Minh-Stadt zugewiesen wurden, zeige, daß die Überseechinesen zusätzliche Schwierigkeiten bewältigen müßten, um überhaupt an Bord der Schiffe zu gehen.
3. Schwierigkeiten habe die vietnamesische Seite auch in der Frage der Entsendung chinesischer Arbeitsgruppen gemacht, die ursprünglich sogar von Vietnam vorgeschlagen worden seien. Die Arbeitsgruppen sollten chinesische Staatsangehörige in die Volksrepublik zurückbringen. Nachher sei den Chinesen die Entsendung solcher Teams verboten worden mit der Begründung, daß sie "jenseits der Grenze der ausgedehnten Rechte" lägen, "die für die Aufgaben unentbehrlich sind."

Die Kritik Pekings an den vietnamesischen Ausreisebehinderungen wird von vietnamesischer Seite entschieden zurückgewiesen. In Nhan Dan vom 29.6.78 heißt es dazu in nunmehr scharfem Ton: "Dadurch, daß sie ihre Evakuierungsschiffe nach Vietnam entsendet, versucht die chinesische Seite nur, in den Beziehungen zwischen Vietnam und China weitere Unruhe zu schaffen. Sie benutzt die Hoa als Opferlämmer." Tatsächlich habe die vietnamesische Regierung alle Voraussetzungen für die frühzeitige und angenehme Ausreise dieser Menschen geschaffen. Vietnam sei immer bereit, im Geiste der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung in ernsthafte Gespräche mit der chinesischen Seite einzutreten, um rasch zu einer Vereinbarung über die Vorkehrungen für die Ausreise derjenigen Hoa nach China zu kommen, die Vietnam verlassen wollen. Weiter heißt es: "Wenn die chinesischen Behörden in Not befindliche chinesische Bürger wirklich in ihre Heimat zurückbringen wollen, so können sie nicht wenige von ihnen in Kampuchea finden. Warum schicken sie keine Schiffe, um diese Chinesen in die Heimat zurückzubringen? In Vietnam gibt es außerdem viele chinesische Flüchtlinge aus Kampuchea. Wollen die chinesischen Schiffe, die vor der vietnamesischen Küste dümpeln, kommen und sie aufnehmen? Die chinesischen Behörden sollten auf die verzweifelten Hilferufe dieser unglücklichen Menschen reagieren", schreibt das Blatt abschließend.

Tatsächlich ist zumindest die letztere Argumentation Hanois nicht völlig von der Hand zu weisen.

Vietnam hat, insbesondere im Zuge der ersten Umsiedlungsmaßnahmen der Roten Khmer nach ihrer Machtübernahme im April 1975, etwa hunderttausend Überseechinesen aufgenommen, die überwiegend in den von den Khmer dann entvölkerten Städten gewohnt hatten. Für diese Flüchtlinge erhielt Hanoi übrigens vor kurzem finanzielle Unterstützung von der UN-Flüchtlingsorganisation in Höhe von 500 000 US\$. Auch das internationale Rote Kreuz in Genf plant umfangreiche Hilfsmaßnahmen für Vietnam.

Die starre Haltung Pekings in der Transportfrage ist umso weniger verständlich, als die beiden nach Vietnam entsandten Schiffe nur je 1400 Flüchtlinge aufnehmen könnten. Nach Hong Konger Zeitungsberichten sollen jedoch allein dreißigtausend Überseechinesen auf ihre Ausreise warten (8). Dies hat zu Spekulationen geführt, daß es Peking weniger um eine Massenevakuierung seiner Landsleute gehe, als vielmehr um eine propagandistische Aktion, die auf eine Schädigung des vietnamesischen Ansehens abzielt.

In der Tat hat die Aufnahme der bisher geflohenen 130 000 Vietnamesen chinesischer Abstammung die Pekinger Regierung schon vor schwierige wirtschaftliche Probleme gestellt. Da es sich bei den bisherigen Flüchtlingen vorwiegend um Angehörige der Mittelklasse handelt, die hauptsächlich im Handel gearbeitet haben, kommen auf die chinesischen Behörden kurzfristig Beschäftigungsprobleme zu. Die Ta Kung Pao meldete in einem Bericht aus Kanton, daß 27 000 "verfolgte Chinesen aus Vietnam auf verschiedenen Farmen in der Provinz Kuangtung untergebracht worden seien. Die Mehrzahl der zurückgekehrten Chinesen stamme aus Hanoi, Haiphong und anderen vietnamesischen Städten. 90% der Rückkehrer seien Arbeiter, die anderen seien in pädagogischen oder medizinischen Berufen tätig gewesen (9). Zwar hat Peking seit einiger Zeit angedeutet, daß es sein Verhältnis zu den überseeischen Landsleuten neu ordnen werde. Dies betrifft aber vorwiegend jene in Übersee ansässigen Landsleute, die eine hochqualifizierte wissenschaftliche und technische Ausbildung haben. Wenn es der chinesischen Regierung gelänge, das wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Reservoir der Auslandschinesen für sich zu gewinnen, könnte ihr dies beim Aufbau ihres Landes durchaus helfen. Die chinesischen Führer wären mit Hilfe von Auslandschinesen sogar eines Dilemmas entledigt, das ihnen durch die maoistische Ideologie des Vertrauens auf die eigene Kraft aufgezwungen wird. Auch in China weiß man, daß ohne die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen weder das so dringend benötigte technische Know how noch qualifiziertes Personal zu gewinnen sind. Die Überseechinesen könnten durch ihre Verbindungen mit der internationalen Finanzwelt und durch ihre weit verzweigten Beziehungen diese ideologische Barriere leicht überbrücken. Käme die Hilfe von ihnen, käme sie von der großen Familie der Chinesen. Der Ideologie des Selbstvertrauens wäre damit Rechnung getragen. Genau diese Voraussetzungen dürften die Vietnam-Flüchtlinge allerdings kaum mitbringen. Pekings neu entdeckte Liebe zu den Überseechinesen, für die es schon Ende des vergangenen Jahres ein erstes Signal gegeben hatte (die Wiedereinrichtung des in der Kulturrevolution abgeschafften Amtes für die Angelegenheit der Überseechinesen), betrifft auch nicht nur das Verhältnis der Volksrepublik zu Vietnam. So verständlich das Werben Pekings um die Blutsbrüder in Südostasien ist, stößt es in den betroffenen

Ländern, vor allem der ASEAN, auf große Skepsis. Das Überseechinesen-Thema könnte so leicht die sich eben anbahnende Verbesserung der Beziehungen zu den Staaten wieder gefährden. Nicht ohne Grund betonte deshalb schon am 24. Mai ein Sprecher des Büros für die Angelegenheiten der Auslandschinesen, daß China hinsichtlich der Staatsangehörigkeiten dieser Bevölkerungsgruppe eine konsequente Politik verfolgt habe. "Es unterstützt und ermutigt sie, freiwillig die Staatsangehörigkeit ihres Aufenthaltslandes anzunehmen. Gleichzeitig sind wir aber gegen jede Zwangseinbürgerung." (10)

Erklärungen dieser Art und eine verstärkte Reisediplomatie in die Staaten der ASEAN sind als Signale Pekings an die Regierungen der Gemeinschaft zu werten, daß sich das Problem der Überseechinesen ausschließlich auf das Verhältnis zwischen Vietnam und China bezieht. Wie groß gleichwohl die Besorgnis der ASEAN-Mitglieder über das Problem ist, wird aus einer Stellungnahme deutlich, die kürzlich der philippinische Außenminister, Carlos Romulo, abgab. Er verglich die Frage der Überseechinesen mit dem Palästina-Problem und nannte sie einen "destabilisierenden Faktor in der Region". Noch beunruhigender sei die Möglichkeit, daß der Konflikt zwischen China und Vietnam die Möglichkeit berge, die latente sino-sowjetische Rivalität zum Ausbruch zu bringen, was "katastrophale Folgen" haben würde. Romulo: "Wir wollen nicht, daß unsere Region ein zweites Afrika wird." (11)

Fragt man nach den Gründen für die von beiden Parteien vor aller Weltöffentlichkeit ausgetragene Auseinandersetzung, die übrigens ein Zurückweichen von den Positionen nur unter erheblichem Gesichtungsverlust der einen oder der anderen Seite zulassen würde, so ergeben sich mehrere Aspekte:

### I. Die chinesische Sicht

Für Peking steht der Drahtzieher der Vertreibung der chinesischen Landsleute eindeutig fest. Er sitzt in Moskau. In einem Kommentar der Volkszeitung vom 17.6. (Überschrift "Wer ist der Anstifter?") wird die sowjetische Führung als der "wichtigste Helfer und Anstifter der gegen China und die Chinesen gerichteten Kampagne" in Vietnam genannt. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß das sowjetische Bemühen, eine gegen China und die Chinesen gerichtete Kampagne zu schüren, "ein wesentlicher Schritt bei der verstärkten Bemühung des Kreml ist, in Südostasien einzudringen und dort seinen Einfluß auszudehnen". In dem Artikel heißt es ferner: "Welche Rolle spielt die sowjetische Führung in der von den vietnamesischen Behörden gestarteten Kampagne der Verfemung, Verfolgung und Ausweisung chinesischer Bürger? Jeder, der Tatsachen respektiert, kann Moskaus klares Triumphieren erkennen, das sich - wie bei einem unerwarteten Glücksfall - bei der Kampagne Vietnams gegen China und die chinesischen Bürger Vietnams zeigt. Mit der Eskalation der vietnamesischen Kampagne ist die Sowjetunion aus dem Hintergrund hervorgetreten und tritt eindrucksvoll als Vietnams Beschützer auf, indem sie ihm jegliche Unterstützung zukommen läßt und es selbst offen dazu auffordert, den Weg der gegen China und die Chinesen gerichteten Aktivitäten bis zum Ende weiterzugehen. Eindeutige Tatsachen beweisen, daß die sowjetische Führung der wichtigste Helfer und Anstifter der gegen China und die Chinesen in Vietnam gerichteten Kampagne ist." (12)

Die Volkszeitung verweist in ihrem Kommentar

ferner auf die übereinstimmenden Formulierungen in der vietnamesischen und sowjetischen Presse, die kaum bloßer Zufall sein können. Eher sei hier Vietnam den Instruktionen Moskaus gefolgt.

### II. Die vietnamesische Sicht

Eine ebenso einfache Erklärung für den Stand der Beziehungen zu Peking haben auch die Vietnamesen bereit. Nach Ansicht Xuan Thuys, einem Sekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, liegen die Ursachen für den Konflikt zwischen Hanoi und Peking in der Tatsache, daß China weiterhin für eine US-Präsenz in Asien eintritt, während Vietnam den vollen Rückzug der Vereinigten Staaten aus dieser Region befürwortet (13). Thuy erklärte vor einer japanisch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft, daß sich die Situation in Asien zunehmend komplizieren würde wegen der Annäherung zwischen China und den Vereinigten Staaten. Daß die Chinesen mit ihrer Vermutung, Vietnam übernehme die Sprachregelung der Sowjetunion, nicht völlig unrecht haben, beweist auch die Äußerung Thuys, daß auch der Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen Japan und China Komplikationen mit sich bringen müßte. Eine ähnliche Drohung hatte kurz zuvor das sowjetische Außenministerium nach Japan geschickt.

Ein weiterer Grund, der laut Hanoi zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und Vietnam beigetragen hat, liegt in der chinesischen Unterstützung für Kambodscha (vgl. Dokument Nr.1). In einem Kommentar von Radio Hanoi vom 5.6.78 wird auch die Grenzausinandersetzung zwischen Vietnam und Kambodscha von Hanoi auf das Konto Pekings geschrieben. Die Machthaber in Kampuchea, so heißt es dort, seien nicht unabhängig und souverän, sondern nur eine "schwarze Figur auf dem Schachbrett finsterner Mächte". "Indem sie sich selbst an das Rad jenes reaktionären Allianzblocks binden, fügen die Machthaber in Phnom Penh ihrem Volk unsägliche Katastrophen zu. ... Die Imperialisten und internationalen Reaktionäre, die sehr heimtückisch und rücksichtslos sind, benutzen die Knochen und das Blut des kampucheanischen Volkes, um einen tiefen Abgrund für die Spaltung der Völker Kampuchreas und Vietnams zu graben" (14). Auch in diesem Vorwurf folgte die Sowjetunion der vietnamesischen Argumentation, wie folgender TASS-Kommentar beweist:

"Die Aufhetzung Phnom Penhs zu bewaffneten Provokationen gegen Vietnam an der gesamten vietnamesisch-kambodschanischen Grenze, die Annullierung des Unterstützungsabkommens mit Vietnam und schließlich die Weigerung, Verhandlungen über die Frage der in Vietnam lebenden Chinesen zu führen - all diese Ereignisse stehen in einem engen Zusammenhang. Dem liegt ein Ziel zugrunde, nämlich dem mit dem friedlichen Aufbau des Landes beschäftigten vietnamesischen Volke zusätzliche Schwierigkeiten zu bereiten" (15).

Ähnliche Solidaritätsbekundungen für Vietnam finden sich übrigens auch in den Medien anderer Ostblockstaaten, die in den Einflußbereich der Sowjetunion fallen. Für ihre Propagandazwecke setzen die vietnamesische Regierung und Presse auch Überseechinesen ein, die ihr Ausreisevisum zurückgegeben haben und erklären, daß sie sich von den chinesischen Behörden getäuscht fühlen. Eine alte Übersee-Chinesin aus Ho-

Chi-Minh-Stadt (Saigon) wird z.B. mit den Worten zitiert, daß sie in den sechzig Jahren, die sie in Vietnam lebt, von keinem Fall einer schlechten Behandlung von Überseechinesen gehört habe. Auch von dieser alten Frau werden übrigens die chinesischen Flüchtlinge aus Kambodscha angeführt, die es weitaus nötiger hätten, nach China zurückgeführt zu werden. Die chinesische Regierung sollte sich eher um diese Leute kümmern (16). Auf zahlreichen Diskussionsveranstaltungen in allen Provinzen Vietnams werden Überseechinesen zitiert, die die chinesische Haltung zu dieser Frage kritisieren. Unterstützung für den vietnamesischen Standpunkt kommt übrigens auch aus einer Ecke, die in Peking ganz besonders intensiv beobachtet wird: aus Albanien. Das albanische Parteiblatt *Zeri i Popullit* schreibt in einem Kommentar am 24. Juni, daß kein Land das Recht habe, sich in die inneren Angelegenheiten Vietnams einzumischen. In Anspielung auf die eigenen Schwierigkeiten, die Albanien seit einem Jahr mit China hat, fährt das Blatt fort, daß jene, die Verhandlungen zur Beilegung eines Streites verweigern, auch die Schuldigen seien (17).

### III. Weitere Konfliktgründe

Unmittelbarer Anlaß für die Verhärtung der Fronten zwischen Vietnam und China war die im März und April in Südvietnam durchgeführte Verstaatlichungskampagne, die besonders Überseechinesen getroffen hatte. Wie in anderen südostasiatischen Staaten wurde auch in Südvietnam der Handel primär von Chinesen beherrscht. Drei Jahre lang waren die privatwirtschaftlichen Unternehmungen der Chinesen, die vorwiegend im Saigoner Stadtteil *Cholon* konzentriert waren, von der Sozialisierungspolitik Hanois verschont geblieben. Welches die wirklichen Hintergründe für die wirtschaftliche Vernichtung der Überseechinesen in Südvietnam sind, kann gegenwärtig noch nicht endgültig bestimmt werden. Zweifellos hat die unterlassene Gleichschaltung der beiden Teile Vietnams nicht nur wirtschaftliche, sondern auch psychologische und gesellschaftliche Auswirkungen gehabt, die eine effektive Wiedervereinigung des Landes verzögerten. Möglicherweise wäre es auch nie zu einer derart rigorosen Verstaatlichungsaktion gekommen, hätten die vietnamesischen Wirtschaftsplaner sich auch auf andere denn überwiegend sowjetische Unterstützung beim Aufbau des Landes verlassen können. Es ist jedoch heute kein Geheimnis mehr, daß Hanois Versuche, Hilfe von außen zu erhalten, weitgehend erfolglos blieben. Schon im Herbst 1975 hatte der vietnamesische Parteichef *Le Duan* vergeblich um größere Wirtschaftshilfe von China gebeten. Auch die liberalsten Investitionsrichtlinien, die je von einem sozialistischen Land verabschiedet wurden, haben bis heute nicht zu einem größeren Engagement westlicher Staaten geführt. Schließlich ist wohl auch Washington nicht ganz unschuldig an der heute festzustellenden einseitigen Anlehnung Vietnams an die Sowjetunion, die Vietnam wirtschaftlich unter die Arme greift. Letzter Akt dieser Entwicklung war die im Juni erfolgte Aufnahme Vietnams in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON), dem das Land bis dahin nur als Beobachter angehört hatte. Mit der einseitigen Hinwendung Vietnams nach Moskau scheint vorläufig auch ein Schlußstrich unter Auseinandersetzungen in der vietnamesischen Führung gezogen zu sein, die seit jeher in einen pro-sowjetischen und prochinesischen Flügel gespalten war.

In einem Artikel der japanischen Zeitung *Asahi Shimbun* wird ein Auslandschinese zitiert, der schon Ende April die Möglichkeit hatte, mit Flüchtlingen aus Vietnam zu sprechen. Bei allem Vorbehalt gegenüber solchen Aussagen soll hier doch nicht darauf verzichtet werden, eine dieser Stellungnahmen zu drucken, die über den Einfluß der pro-sowjetischen Gruppierung in der vietnamesischen Führung Aufschluß gibt. Es heißt dort in dem *Asahi*-Artikel:

"Nach Ho Chi Minhs Tod begann der pro-sowjetische Flügel innerhalb der Vietnamesischen Kommunistischen Partei mit einer systematischen antichinesischen Propaganda. Diese antichinesische Propaganda basierte auf der Theorie, daß 'Vietnam echte Unabhängigkeit erringen kann, wenn es sich auf die Sowjetunion verläßt, weil diese Vietnam sehr viel mehr Schutz bieten könnte als China'. Daher arbeitete der pro-sowjetische Flügel zunächst darauf hin, chinesische Bürger von der Parteimitgliedschaft und von verschiedenen hohen Positionen auszuschließen. Einer der Führer dieses pro-sowjetischen Flügels sagte einmal: 'Chinesische Bürger als Parteimitglieder, das ist genauso, als würde man in seinen Ärmeln Bienen züchten'. Kurz nach Ho Chi Minhs Tod wurden einige chinesische Bürger gezwungen, ihre Mitgliedschaft in der Vietnamesischen Kommunistischen Partei aufzugeben." (18)

Übrigens wurden vom Kreml Überseechinesen als "fünfte Kolonne" bezeichnet, mit deren Hilfe China seine "aggressiven Ziele" durchsetzen wolle.

Daß die "brüderliche Solidarität" und der "kommunistische Internationalismus" in den Beziehungen zwischen China und Vietnam längst keine Rolle mehr spielen, haben ferner einige Ereignisse des vergangenen Jahres klargemacht. Dazu gehörten Unruhen an der beiderseitigen Grenze, die Radio Peking im Oktober 1977 dazu veranlaßt hatten, die Soldaten der Volksbefreiungsarmee und die Milizen zu erhöhter Wachsamkeit aufzurufen. Auch als im vergangenen Dezember vietnamesische Kanonenboote zwei Trawler aus Hong Kong vor der vietnamesischen Küste aufbrachten, wurde deutlich, daß die internationale Solidarität von Kommunisten da ihre Grenzen hat, wo souveräne nationalstaatliche Interessen verletzt werden. Ein weiteres Indiz für die sich verschärfenden Spannungen zwischen den beiden Nachbarstaaten hatte eine Rede des chinesischen Außenministers *Huang Hua* im vergangenen Sommer erbracht, in der die Vietnamesen davor gewarnt wurden, die *Spratly*-Inseln ihrem Herrschaftsbereich einzuordnen. Auch die Erklärung des Außenministeriums der VR China zur Vertreibung der in Vietnam lebenden Chinesen vom 9.6.78 (vgl. Dokument Nr.2) macht deutlich, daß sich das jetzt voll ausgebrochene Problem der Überseechinesen schon 1976 angebahnt hat. Nach dieser Erklärung soll die vietnamesische Regierung vor den Abgeordnetenwahlen zur Nationalversammlung im Februar 1976 einen Beschluß bekanntgegeben haben, nach dem sich alle in Südvietnam lebenden Chinesen mit der Staatsangehörigkeit eintragen sollten, die ihnen während der Herrschaft *Ngo Dinh Diem*s auferlegt worden war. Später soll die vietnamesische Regierung jene Überseechinesen, die es abgelehnt hätten, die vietnamesische Staatsangehörigkeit anzunehmen, "geächtet und verfolgt" haben. Mit diesem Vorwurf wird in der Tat ein Problem der Rechtsstellung der Überseechinesen in Vietnam angesprochen, das vor zwanzig Jahren ohne Abstimmung mit der

Volksrepublik einseitig von der südvietnamesischen Regierung geschaffen wurde. Im August 1956 wurden die chinesischen Bewohner Vietnams von den Behörden des Diem-Regimes dazu gezwungen, ihre chinesische Staatsangehörigkeit aufzugeben und die vietnamesische anzunehmen. Diese Aktion wurde sowohl von Peking wie auch von Hanoi als illegal verurteilt. Tatsächlich steht die Argumentation Hanois auf wackeligen Füßen, wenn das Außenministerium heute behauptet, in Südvietnam hätten fast alle chinesischen Bewohner die vietnamesische Staatsbürgerschaft angenommen und seien dadurch Vietnamesen chinesischer Abstammung geworden (vgl. Dokument Nr.3). Obwohl dies de facto richtig ist, wird absichtlich verschwiegen, daß die Übernahme der vietnamesischen Staatsbürgerschaft auf eine Zwangsmaßnahme zurückzuführen ist, die im übrigen von den Nordvietnamesen selbst vor zwanzig Jahren verurteilt worden war.

Der wichtigste Anlaß für die Eskalation des Konflikts zwischen Peking und Hanoi dürfte allerdings in der Indo-Sinisierungspolitik liegen, die das wiedervereinigte Vietnam schon erfolgreich gegenüber Laos eingesetzt hat. Offensichtlich war das chinesische Außenministerium nicht ohne Grund davon ausgegangen, daß Vietnam genug mit dem Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes zu tun haben würde und expansionistische Ziele, wenigstens mittelfristig, nicht befürchtet werden mußten. Der am 18. Juli 1977 zwischen Vietnam und Laos geschlossene "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" hat jedoch auch dem letzten Beobachter gezeigt, daß die Kommunisten Hanois die seit fünfzig Jahren verfolgte konsequente Strategie, das gesamte ehemals französische Indochina in ihren Einflußbereich zu bringen, keineswegs beiseite gelegt haben. Der massive Einsatz vietnamesischen Militärs in Laos (ca. 40 000 Soldaten sollen sich in dem kleinen Land aufhalten) steht in krassem Widerspruch zu einer Dokumentation, die im April 1978 von Hanoi veröffentlicht wurde, und in der es u.a. hieß:

"Die indo-chinesische Föderation ist eine Frage, die längst in der Geschichte verschwunden ist. Schon seit 1954, nachdem Vietnam, Laos und Kambodscha ihre nationale Souveränität und territoriale Integrität wiederhergestellt haben und internationale Anerkennung gewonnen haben, ist diese Frage weder von Laoten, Kambodschanern oder Vietnamesen erwähnt worden. Indem das Banner der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus hochgehalten wird, versichert die Regierung der sozialistischen Republik von Vietnam erneut, daß es eine Frage der indo-chinesischen Föderation nicht gibt." (19)

Schon wenige Monate später zog Peking aus der Vereinheitlichungspolitik Vietnams seine Konsequenzen

und versicherte dem kambodschanischen Partei- und Regierungschef Pol Pot die Hilfe Chinas. Seit jenem Oktober existiert neben der Achse Sowjetunion-Vietnam-Laos eine Gegenachse China-Kambodscha, die übrigens durchaus auch im Interesse der Vereinigten Staaten liegt. Paradoxiertweise ähnelt sogar die Beurteilung der kambodschanischen Aggression durch Hanoi der Einschätzung des amerikanischen Sicherheitsberaters Brzezinski, der den Grenzkrieg der beiden Indochina-Staaten als "Stellvertreterkrieg" bezeichnet hatte. Für Hanoi ist Kambodscha nicht weniger als ein Stellvertreter Chinas, der eingesetzt werde, um Vietnam zu schwächen. In einem Zeitschrifteninterview erklärte dazu der politische Direktor der vietnamesischen Parteizeitung Nhan Dan und ZK-Mitglied, Hoang Tung: "Man will uns provozieren, um uns zu schwächen, nicht mit einem Schlag, sondern durch ständige Stiche wie bei einer schleichenden Krankheit". Seit der Niederlage der Amerikaner gebe es eine politische Konvergenz der großen westlichen und asiatischen Macht (China), deren Ziel die Eindämmung Vietnams sei. China sei es auch gewesen, das "die kambodschanische Armee wie eine schwangere Frau aufgebläht habe" (20).

Damit wird deutlich, daß der Konflikt zwischen Hanoi und Peking mehr als nur einen regionalen Rahmen, sondern inzwischen weltpolitische Dimensionen gewonnen hat. Das Problem der Überseechinesen dürfte für Peking nur der äußere Anlaß sein, Hanoi seine Entschlossenheit zur Lösung eines sehr viel ernsteren Problems zu demonstrieren: die enge Umarmung Chinas durch die Sowjetunion.

#### Anmerkungen:

- 1) FAZ, 8.6.78.
- 2) FBIS, 19.6.78, K 5.
- 3) Vgl. Times, 26.6.78.
- 4) Vgl. M.D., 9.6.78.
- 5) M.D.
- 6) M.D., 21.6.78.
- 7) FBIS, 19.6.78, K 1.
- 8) News Week, 3.7.78.
- 9) NZZ, 23.6.78.
- 10) PRu, 6.6.78.
- 11) M.D., 2.6.78.
- 12) Vgl. M.D., 22.6.78.
- 13) FBIS, 27.6.78.
- 14) M.D., 7.6.78.
- 15) M.D., 12.6.78.
- 16) FBIS, 25.6.78.
- 17) FBIS, 29.6.78.
- 18) M.D., 13.6.78.
- 19) FBIS, 7.4.78.
- 20) FEER, 21.4.78.

#### DOKUMENT NR. 1

#### NOTE VIETNAMS AN CHINA ZUR

#### EINSTELLUNG DER CHINESISCHEN HILFE

Hanoi, den 6.7.1978, 1100 GMT  
(Radio Hanoi HS, vietnames.;  
Monitor-Dienst, 7.7.78)

Der stellvertretende vietnamesische Außenminister Hoang Bich Song überreichte in der chinesischen Botschaft in Hanoi am 6. Juli eine Note seiner Regierung an die Regierung der Volksrepublik China. Es ist die Erwiderung Hanois auf die chinesische Note vom 3. Juli, in der die Einstellung der gesamten Wirtschaftshilfe Chinas für Vietnam und der Abzug der chinesischen Experten mitgeteilt worden war. In der vietnamesischen Antwortnote hieß es u.a.: